

**MedienINFO 215 – Mittwoch, 15. Juli 2015**

**Dialog mit der NRW Krankenhausgesellschaft**

## **Schneider: NRW-Kliniken droht Schließungswelle**

Die absehbaren Folgen des geplanten Krankenhausstrukturgesetzes hat Susanne Schneider, gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, mit Vertretern der nordrhein-westfälischen Krankenhausgesellschaft im Landtag diskutiert. Das Gesetz wird derzeit im Bundestag parlamentarisch beraten. Ihm ist eine Bund-Länder-AG vorausgegangen, die sich abschließend über Eckpunkte zur Krankenhausreform geeinigt hatte. „Wenn das Gesetz wie eingebracht verabschiedet wird, droht mittelfristig eine massive Schließungswelle bei Kliniken in NRW“, befürchtet Schneider.

„Das ist kein Krankenhausstrukturgesetz, sondern ein Krankenhausschließungsgesetz“, erklärt die Gesundheitsexpertin der Freien Demokraten im Landtag NRW. Als überaus perfide bezeichnet Schneider, dass die große Koalition in Berlin öffentlich äußere, mit dem Gesetz für mehr Qualität an Krankenhäusern zu sorgen und den Pflegekräftemangel bekämpfen zu wollen. „Dabei werden den Kliniken massiv Mittel weggenommen“, befürchtet Schneider.

Mit dem Gesetz soll auch ein Strukturfonds eingerichtet werden, um Kliniken beispielsweise in nicht akutstationäre Versorgungseinrichtungen wie Pflegezentren oder stationäre Hospize umzuwandeln. Dafür sollen neben dem Bund auch die Länder entsprechende Mittel bereitstellen. Wo diese angesichts der NRW-Haushaltsmisere herkommen sollen, ist Susanne Schneider ein Rätsel: „Die rot-grüne Landesregierung schafft es nicht einmal annähernd, die nötigen Investitionspauschalen für unsere Krankenhäuser bereitzustellen.“ Derzeit werden rund 500 Millionen Euro für die Kliniken zur Verfügung gestellt. Um die Investitionslücken zu schließen, wäre nach Expertenmeinung mindestens der doppelte Betrag nötig. Dazu wird sich die Abgeordnete mit einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung wenden. „Landesgesundheitsministerin Steffens soll Farbe bekennen, wo im Haushalt Umstrukturierungsmittel zur Verfügung gestellt werden können“, fordert Schneider.